ROMI-INTELLIGENCE

ROMI-INTELLIGENCE JOURNAL

LAGE · ANALYSE · VORSPRUNG

SONDERAUSGABE

VERMÖGEN · DIE ZAHL DES TAGES

−350 Mio. €

bleiben den Krankenkassen 2027 als Saldo: **eine Milliarde mehr** vom Bund für die Grundsicherung, **1,35 Milliarden weniger** Bundeszuschuss. Im selben Gesetz.

DREI BEFUNDE · KURZFASSUNGEN

1 · Was beschlossen ist
Pauschale, Lücke, Gesetz, Gegenbuchung und was Versicherte ab 2027 zahlen. **Seite 2**

2 · Wer das System trägt
Zahler, Bezieher, Beitragslast, Automatisierung. Dazu acht Prüffragen: Woran man erkennt, dass ein Staat kippt. **Seite 3**

3 · Wie es weitergeht
Meine Prognose und sechs Schritte für Familie, Vermögen und Zukunft. **Seite 4**

DIE LAGE AM DIENSTAG, 24. NOVEMBER 2026, 10:30 UHR

- **Belegt:** Für jeden Bezieher von Grundsicherung zahlt der Bund den Krankenkassen 144,04 Euro im Monat. Das deckt etwa ein Drittel der Kosten (Techniker Krankenkasse).
- **Belegt:** Die Lücke beträgt rund zwölf Milliarden Euro im Jahr. Sie wird aus Beiträgen gedeckt. Die Kassen haben den Bund Ende 2025 verklagt.
- **Belegt:** Das Gesetz vom 10. Juli 2026 bringt 2027 eine Milliarde Euro mehr für die Grundsicherung und senkt den Bundeszuschuss um 1,35 Milliarden Euro.
- **Belegt:** Ab 2027 steigen Zuzahlungen für Medikamente auf 7,50 bis 15 Euro. Die Beitragsbemessungsgrenze steigt zusätzlich um 300 Euro im Monat.
- **Belegt:** 42,8 Prozent vom Lohn gehen heute an die Sozialkassen. Das IGES-Institut erwartet für 2035 im mittleren Fall 48,8 Prozent.
- **Einschätzung:** Automatisierung nimmt den Kassen Zahler, die keine Prognose bisher voll einrechnet.
- **Offen:** Wie die Gerichte über die Klage der Kassen entscheiden und ob der Bund die Kosten je vollständig übernimmt.

DIE REGEL, UM DIE ES GEHT

Wer bestellt, bezahlt. Wo der Staat Leistungen anordnet und die Rechnung in die Beiträge schiebt, zahlen die, die arbeiten.

Fachbegriff: versicherungsfremde Leistungen. Das Bundesgesundheitsministerium versteht darunter Leistungen von gesamtgesellschaftlichem Interesse.

VERMÖGEN · SICHERHEIT · FREIHEIT · WAHRHEIT

Linke Tasche, rechte Tasche

Ab Januar bekommen die Krankenkassen vom Bund eine Milliarde Euro mehr. Im selben Gesetz kürzt der Bund seinen Zuschuss um 1,35 Milliarden. Rund elf Milliarden Euro im Jahr zahlen weiter die Versicherten und ihre Arbeitgeber.

EINSCHÄTZUNG *Ein System, das seine Zahler immer stärker belastet und seine Lasten verschiebt, lebt von der Substanz. Wer das früh sieht, kann vorsorgen.*

WAS KAUM EINER NACHLIEST

Dasselbe Gesetz gibt und nimmt. Erst ab 2029 erhalten die Kassen aus beiden Posten mehr als vorher. Seite 2.

WAS DIE ZAHLEN ZEIGEN

Gut fünf Millionen Menschen beziehen Grundsicherung. 2025 verließen 288.579 Deutsche das Land. Seite 3.

WAS MAN HEUTE TUN KANN

Kasse prüfen, Lücken schließen, Haus übergeben, streuen, am Wandel beteiligen. Seite 4.

VERMÖGEN · FRAGE 1 · WAS BESCHLOSSEN IST

Eine Milliarde hin, 1,35 Milliarden zurück

Was Ministerium, Kassen und Bundestag veröffentlicht haben. Wo ich selbst gerechnet habe, steht es dabei.

−350 Mio. €
Saldo der Kassen 2027 aus beiden Posten: mehr für die Grundsicherung, weniger Bundeszuschuss. *Eigene Rechnung.*

rund 11 Mrd. €
bleiben laut Techniker Krankenkasse auch nach dem Gesetz jedes Jahr ungedeckt.

7,50–15 €
Zuzahlung je Medikament ab 2027, bisher 5 bis 10 Euro.

BELEGT · WAS GESETZ UND KASSEN SAGEN

THEMA	WAS BELEGT IST	QUELLE
Die Pauschale	Für jeden gesetzlich versicherten Bezieher von Grundsicherung (bis Juni 2026: Bürgergeld) überweist der Bund den Kassen 2026 eine Pauschale von 144,04 Euro im Monat. Sie deckt nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kosten. 2022 waren es nach einem Gutachten 39 Prozent: 15,1 Milliarden Euro Ausgaben, 5,9 Milliarden Euro Beiträge.	Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen; Techniker Krankenkasse (Stand 15.07.2026); IGES-Gutachten 2024
Die Lücke	Rund zwölf Milliarden Euro im Jahr. Sie wird aus den Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber gedeckt. Die Kassen haben den Bund Ende 2025 verklagt.	Techniker Krankenkasse; Spitzenverband; Deutsches Ärzteblatt
Das Gesetz	Bundestag und Bundesrat haben am 10. Juli 2026 das Beitragssatzstabilisierungsgesetz beschlossen. Der Bund zahlt für die Grundsicherung 2027 eine Milliarde Euro mehr, 2028 dann 1,25, 2029 1,75, 2030 2,25 und ab 2031 2,75 Milliarden Euro.	Bundesgesundheitsministerium, 10.07.2026
Die Gegenbuchung	Dasselbe Gesetz senkt den allgemeinen Bundeszuschuss an die Kassen: 2027 um 1,35 Milliarden Euro auf 13,15 Milliarden, ab 2028 um 1,55 Milliarden auf 12,95 Milliarden. Aus beiden Posten zusammen erhalten die Kassen 2027 also 350 Millionen Euro weniger vom Bund als bisher (eigene Rechnung). Die Lücke bei der Grundsicherung bleibt bei etwa elf Milliarden Euro.	Bundesgesundheitsministerium; AOK-Bundesverband; Techniker Krankenkasse
Was Versicherte zahlen	Zuzahlung für Medikamente: 7,50 bis 15 Euro statt 5 bis 10 Euro. Beitragsbemessungsgrenze: 2027 zusätzlich um 300 Euro im Monat höher, das sind bis zu rund 26 Euro mehr Kassenbeitrag im Monat für Arbeitnehmer und noch einmal so viel für den Arbeitgeber (eigene Rechnung, ohne Pflege). Ab 2028: Zuschlag von 2,5 Prozent für mitversicherte Ehepartner. Ausgenommen sind unter anderem Eltern von Kindern unter zwölf Jahren, Partner mit Pflegegrad 3 bis 5 und Bezieher von Grundsicherung.	AOK-Bundesverband; Bundestag, Drucksache 21/7023; Bundesgesundheitsministerium
Der Beitragssatz	Der amtliche durchschnittliche Zusatzbeitrag bleibt 2027 bei 2,9 Prozent. Tatsächlich erhoben wurden 2026 nach Berechnung des Spitzenverbands im Schnitt 3,13 Prozent. Jede Kasse legt ihren Satz selbst fest.	Bundesgesundheitsministerium, 30.10.2026; AOK-Bundesverband
Die Pflege	Den Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro im Jahr gibt es seit 2024 und bis Ende 2027 nicht. Fünf Milliarden Euro für Leistungen aus der Pandemie hat der Bund den Pflegekassen noch nicht erstattet. Ohne Reform steigt der Beitrag 2027 von knapp 3,9 auf 4,2 Prozent.	AOK-Bundesverband, 08.05.2026; IGES für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 02.11.2026

Was der Bund gibt und was er nimmt

Milliarden Euro im Jahr, verglichen mit dem Stand vor dem Gesetz · eigene Rechnung aus Angaben des Bundesgesundheitsministeriums

JAHR	MEHR FÜR GRUNDSICHERUNG	WENIGER ZUSCHUSS	SALDO
2027	+1,00	−1,35	−0,35
2028	+1,25	−1,55	−0,30
2029	+1,75	−1,55	+0,20
2030	+2,25	−1,55	+0,70
ab 2031	+2,75	−1,55	+1,20

EINSCHÄTZUNG · MEIN BEFUND

Ein System, das von der Substanz lebt. Der Staat bestellt Leistungen und lässt einen wachsenden Teil der Rechnung bei denen, die einzahlen. Gleichzeitig gibt er mit der einen Hand und nimmt mit der anderen. Das ist kein Skandal eines einzelnen Gesetzes, sondern ein Muster: Lasten wandern aus dem Bundeshaushalt in die Beiträge, weil sie dort weniger auffallen. Die großen Medien haben über das Gesetz berichtet. Was fehlt, ist die Rechnung im Zusammenhang.

Erst ab 2029 bekommen die Kassen aus beiden Posten mehr als vor dem Gesetz. Die Lücke von rund zwölf Milliarden Euro schließt das nicht.

WAHRHEIT · FRAGE 2 · WER DAS SYSTEM TRÄGT

Immer weniger Zahler für immer mehr Leistung

Die Zahlen hinter der Rechnung: wer Leistungen bezieht, wer einzahlt und wohin die Beiträge laufen.

GRUNDSICHERUNG UND ABWANDERUNG IN ZAHLEN

5.178.411 Menschen hatten im Juni 2026 Anspruch auf Grundsicherung. Die Bezugsquote lag bei 8,1 Prozent (Juni 2025: 8,3 Prozent).

2.364.007 davon mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das sind 45,7 Prozent (eigene Rechnung). Unter allen ausländischen Staatsangehörigen bezogen 18,7 Prozent Grundsicherung, ein Jahr zuvor 19,9 Prozent.

über 55 % betrug der Anteil in Baden-Württemberg im Juli 2025: mehr als 267.000 von rund 484.000 Beziehern.

288.579 Deutsche haben das Land 2025 verlassen, so viele wie nie. Unter dem Strich wanderten fast 100.000 mehr Deutsche aus als ein.

Quellen: Zuwanderungsmonitor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Oktober 2026, über buerger-geld.org); Bundesagentur für Arbeit über Nordkurier; Statistisches Bundesamt über web.de; KfW Research, 18.08.2026.

EINSCHÄTZUNG

Sauber trennen. Zuwanderung in Arbeit stützt die Sozialkassen. Ökonomen halten sie für unverzichtbar: „Ohne Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt ist im Sozialversicherungssystem alles nichts“, heißt es in der Fachzeitschrift Wirtschaftsdienst. Zuwanderung ohne Weg in Arbeit belastet dieselben Kassen. Wer beides nicht unterscheidet und nicht steuert, lässt immer weniger Zahler für immer mehr Leistung aufkommen. Das trifft am Ende auch die Zugewanderten, die arbeiten und einzahlen.

DIE BEITRAGSLAST

Sozialbeiträge in Prozent vom Lohn



Summe der Beiträge zu Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen. Quelle: IGES-Institut für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 2. November 2026; Wert 2021: Versicherungsbote.

EINSCHÄTZUNG · AUTOMATISIERUNG

Der Beschleuniger, über den kaum jemand spricht. Unsere Sozialkassen werden fast vollständig aus Löhnen finanziert. Ein Roboter zahlt keinen Kassenbeitrag, eine künstliche Intelligenz auch nicht. Jede Stelle, die eine Maschine übernimmt, fehlt als Zahler, während die Wertschöpfung bleibt. Die Prognosen bis 2035 rechnen vor allem mit der Alterung. Die Automatisierung kommt obendrauf. Ich halte es deshalb für wahrscheinlich, dass der ungünstige Fall eher eintritt als der günstige.

GEGENPROBE

Was gegen meine Sicht spricht. Der Bund erhöht seine Zahlung für die Grundsicherung schrittweise auf 2,75 Milliarden Euro. Ab 2029 erhalten die Kassen unter dem Strich mehr als heute. Der amtliche Zusatzbeitrag bleibt 2027 stabil, die Ausgaben sollen erstmals seit Jahren langsamer steigen als die Einnahmen. Die Bezugsquote unter ausländischen Staatsangehörigen ist binnen eines Jahres von 19,9 auf 18,7 Prozent gesunken. Und Deutschland gilt in der Forschung als stabile Demokratie: Die Politikwissenschaftlerin Marina Nord vom V-Dem-Institut sieht „aktuell keinen Grund zur Besorgnis“.

FREIHEIT · WORAN MAN ERKENNT, DASS EIN STAAT KIPPT · ACHT PRÜFFRAGEN DER ROMI-METHODE®

1. Werden Wahlergebnisse anerkannt, auch die unbequemen?
2. Gilt der politische Gegner als Gegner oder als Feind?
3. Sind Gerichte unabhängig, und werden ihre Urteile befolgt?
4. Kann die Presse auch gegen die Regierung berichten?
5. Gilt Kritik am Staat als Meinung oder als Verdachtsfall?
6. Ist Eigentum durch Gesetze geschützt, auch wenn das Geld knapp wird?
7. Werden Ausnahmeregeln zum Dauerzustand?
8. Wer wird von dem bezahlt, den er kontrollieren soll?

Diese acht Fragen gelten für jedes Land, für die Heimat genauso wie für ein Ziel, in das jemand auswandern will. Keine Frage allein entscheidet. Bedenklich wird es, wenn sich mehrere Antworten über Jahre in dieselbe Richtung bewegen. Zur achten Frage habe ich Zahlen vorgelegt: in den Ausgaben vom 18. und 20. November. Das ist keine Verschwörung, sondern eine Frage der Anreize: Wer vom Geprüften abhängt, prüft seltener mit voller Härte.

VORSPRUNG · FRAGE 3 · WIE ES WEITERGEHT

Die Rechnung wird größer. Vorbereitet ist besser.

Was ich bis Ende 2027 erwarte und was Sie heute für Familie, Vermögen und Zukunft tun können.

ROMI-PROGNOSE BIS 31. DEZEMBER 2027 · EINSCHÄTZUNG

ENTWICKLUNG	WAHRSCHEINLICHKEIT
Die Kassen erheben 2027 im Schnitt mehr als die amtlichen 2,9 Prozent Zusatzbeitrag. So war es schon 2026.	**hoch, etwa 75 %**
Der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt im Lauf des Jahres 2027.	**etwa 65 %**
Die Summe aller Sozialbeiträge liegt Ende 2027 bei 43,5 Prozent oder darüber.	**etwa 55 %**
Ein Gericht entscheidet bis Ende 2027 abschließend über die Klage der Kassen gegen den Bund.	**gering, etwa 15 %**
Der Bund übernimmt die Gesundheitskosten der Grundsicherung bis Ende 2027 vollständig.	**gering, etwa 5 %**

WAS DARAUS FOLGT

Vertrauen. Wer Jahr für Jahr mehr zahlt und weniger bekommt, zieht sich zurück: in Schwarzarbeit, Teilzeit oder ins Ausland. **Verteilung.** Je knapper die Kassen, desto härter der Streit, wer etwas bekommt. **Vermögen.** Wo Beiträge nicht mehr reichen, rücken Steuern auf Erbschaften, Immobilien und Vermögen in den Blick. Die Debatte läuft bereits.

WAS SIE TUN KÖNNEN

1
KASSE PRÜFEN

Zusatzbeitrag und Leistungen vergleichen. Erhöht Ihre Kasse den Beitrag, haben Sie ein Sonderkündigungsrecht.

2
LÜCKEN SCHLIESSEN

Wo die Kasse weniger zahlt, gezielt ergänzen: Zähne, Krankenhaus, Pflege. Je früher, desto günstiger.

3
HAUS ÜBERGEBEN

Die Übergabe an die Kinder zu Lebzeiten planen, zum Beispiel mit Wohnrecht. Freibetrag je Kind und Elternteil: 400.000 Euro, alle zehn Jahre neu.

4
NICHT ALLES IN EINEN KORB

Vermögen auf mehrere Anlagearten verteilen und eine Rücklage für mehrere Monate halten.

5
AM WANDEL BETEILIGEN

Wer Anteile an dem hält, was Arbeit ersetzt, gleicht aus, was er als Zahler verliert: Automatisierung, künstliche Intelligenz, Energiespeicher. Breit gestreut, kein Einzeltipp.

6
GESUND BLEIBEN

Vorsorge und Bewegung sind das erste Vermögen. Sie kosten wenig und sparen später am meisten.

GUT ZU WISSEN

BARGELD Ab dem 10. Juli 2027 dürfen Händler und Betriebe in der Europäischen Union höchstens 10.000 Euro in bar annehmen; zwischen Privatleuten gilt die Grenze nicht. Wer größere Anschaffungen bar plant, plant sie vorher.

LESETIPP

Was passiert, wenn Menschen einem System nicht mehr vertrauen? Das erzähle ich als Paco Bay im Thriller **„Unter Wind I: Vertrauen“**. Ein Roman, Handlung und Figuren sind erfunden. Überall, wo es Bücher gibt.

QUELLEN

Bundesgesundheitsministerium: Bundestag beschließt GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (10.07.2026) · Bundesgesundheitsministerium: Zusatzbeitragssatz 2027 festgelegt (30.10.2026) · AOK-Bundesverband: Beitragssatzstabilisierungsgesetz im Überblick · Techniker Krankenkasse: Krankenkassenbeiträge und Bürgergeld · Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen: Klage wegen Unterfinanzierung · AOK-Bundesverband: Spardebatte, Pflegekassen (08.05.2026) · Berliner Kurier: IGES-Studie zu Sozialabgaben bis 2035 (03.11.2026) · buerger-geld.org: Grundsicherung nach Staatsangehörigkeit, Zuwanderungsmonitor · Wirtschaftsdienst: Notwendige Reformen der Sozialversicherung (Heft 11/2025) · KfW Research: Abwanderung (18.08.2026) · ZDF: Demokratie-Report 2026, Einschätzung zu Deutschland · Stuttgarter Zeitung: Bargeldobergrenze ab Juli 2027. Alle Links stehen auf der Seite zur Ausgabe: www.romi-methode.de/journal

EINSCHÄTZUNG Alles unter „Einschätzung“, „Mein Befund“ und „ROMI-Prognose“ ist meine persönliche fachliche Meinung, nicht in dienstlicher Eigenschaft. Zahlen und Zitate sind davon getrennt und mit Quelle versehen. Die Wahrscheinlichkeiten sind Schätzungen. **KEINE BERATUNG** Diese Ausgabe ersetzt keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung. Wo ich falsch liege, korrigiere ich öffentlich.